



DIGITALISIERUNG

"Moderner und digitaler"

*Interview von Hubertus Heil,
Bundesminister für Arbeit und Soziales,
mit der Bild am Sonntag.*

Datum: 05.10.2020

Bild am Sonntag (BamS): Herr Heil, wie oft arbeiten Sie von zuhause aus?

Hubertus Heil: Am Wochenende arbeite ich oft zuhause. Am Wohnzimmertisch zwischen Spielzeuggrittern und Unokarten oder bei gutem Wetter auch auf der Terrasse. Unter der Woche bin ich viel unterwegs und arbeite mobil, da nehme ich Akten mit in den Dienstwagen, im Flugzeug oder der Bahn arbeite ich auf dem Tablet.

Bild am Sonntag (BamS): Im April haben Sie ein Recht auf Homeoffice versprochen. Wann kommt das Gesetz?

Heil: Mein Entwurf für das "Mobile Arbeit Gesetz" ist fertig. Dort, wo es möglich ist, sollen alle Angestellten einen gesetzlichen Anspruch von mindestens 24 Tagen pro Jahr für mobile Arbeit bekommen. Das hilft im Alltag. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen sich dann nicht mehr am Wochenende in die Schlange bei der Post stellen, sondern können das Paket zuhause erhalten. Und für den Handwerkertermin muss man sich auch nicht einen ganzen Tag frei nehmen.

Bild am Sonntag (BamS): Das sind ja nur zwei Tage pro Monat. Ist das nicht viel zu wenig?

Heil: Es ist ein guter Anfang: Arbeitnehmer und Arbeitgeber können natürlich individuell, in Tarifverträgen oder Betriebsvereinbarungen mehr vereinbaren. Wenn beide Eltern einen Beruf haben, in dem mobiles Arbeiten machbar ist, kann nach meinem Vorschlag jede Woche abwechselnd ein Elternteil einen Tag von zuhause arbeiten. Das erleichtert das Familienleben enorm.

Bild am Sonntag (BamS): Es gibt aber doch verdammt viele Berufe, bei denen Homeoffice nicht möglich ist...

Heil: Ja, es gibt Berufe, wo mobiles Arbeiten nicht möglich ist. Aber seit der Corona-Pandemie erleben wir einen ungeplanten Großversuch. Mehr als ein Drittel der Beschäftigten hat im Frühjahr und Sommer mobil gearbeitet. Das Virus hat uns gelehrt, dass viel mehr mobiles Arbeiten möglich ist als wir dachten. Ein Arzthelfer muss die Patienten natürlich in der Praxis in Empfang nehmen, aber die Abrechnung kann er vielleicht auch daheim erledigen. Mobiles Arbeiten ist nicht nur was für junge Leute aus Agenturen, die mit Laptop und Latte Macchiato im Café sitzen. Weil mobiles Arbeiten schon für einige fest zur modernen Arbeitswelt gehört, aber vielen noch nicht ermöglicht wird, braucht es dafür auch ein Gesetz.

Bild am Sonntag (BamS): Bekommt wirklich jeder ein Recht auf Homeoffice?

Heil: Alle Beschäftigten bekommen das Recht, mit ihrem Chef über mobiles Arbeiten zu verhandeln. Aber natürlich kann ein Bäcker nicht von zuhause aus Brötchen backen. Deshalb kann ein Arbeitgeber den

Wunsch nach mobiler Arbeit ablehnen, wenn er dafür nachvollziehbare organisatorische oder betriebliche Gründe hat.

Bild am Sonntag (BamS): Was ist, wenn der Chef mobiles Arbeiten grundsätzlich ablehnt, weil er seine Mitarbeiter lieber im Büro haben will?

Heil: Zu vielen Menschen wird mobiles Arbeiten aus Prinzip verwehrt. Das ist nicht mehr zeitgemäß, hier stärken wir den Arbeitnehmern den Rücken. Als Arbeitgeber einfach nur "Nein" zu sagen, geht dann mit dem Gesetz nicht mehr. Chef und Mitarbeiter werden in Zukunft darüber auf Augenhöhe verhandeln.

Bild am Sonntag (BamS): Welche Vorteile hat das Homeoffice?

Heil: Mehr Lebensqualität und auch mehr Zeit für die Familie. Mobile Arbeit schafft Freiräume in unserer Arbeitswelt und schützt so vor Stress und psychischen Belastungen. Wer von zuhause arbeitet, spart Zeit, weil er nicht im Stau steht. Und er kann seine Arbeit besser an sein Leben anpassen. Das reduziert Stress, macht Mitarbeiter zufriedener, leistungsfähiger und auch gesünder. Das ist gut für die deutsche Wirtschaft.

Bild am Sonntag (BamS): Homeoffice frisst sich oft in den Feierabend und ins Wochenende.

Heil: Ich will klare Regeln für die mobile Arbeit. Arbeit von zuhause darf nicht dazu führen, dass einen die Arbeit gar nicht mehr loslässt. Auch im Homeoffice muss irgendwann Feierabend sein. Deshalb schreibt das Gesetz vor: bei mobiler Arbeit müssen Arbeitszeiten digital dokumentiert werden. Das ist technisch sehr einfach zu lösen, dafür gibt es Apps und

Programme.

Bild am Sonntag (BamS): Muss mir mein Arbeitgeber fürs Homeoffice Rechner, Handy, Arbeitsstuhl zur Verfügung stellen?

Heil: Wir wollen das so unbürokratisch wie möglich halten. Manche Mitarbeiter wollen lieber den privaten Laptop nutzen, andere wollen ein Diensthandy. Das sollen Arbeitnehmer und Arbeitgeber individuell aushandeln. Grundsätzlich muss jeder Arbeitgeber auch heute schon für Arbeitsmittel sorgen. Der Staat soll nur die wichtigsten Rahmenbedingungen wie Arbeitsschutz und Arbeitszeiterfassung festlegen.

Bild am Sonntag (BamS): Gilt die gesetzliche Unfallversicherung auch im Homeoffice?

Heil: Die gesetzliche Unfallversicherung umfasst den Weg zur Arbeit. Auch beim mobilen Arbeiten soll zum Beispiel der Weg zur Kita oder Schule und von dorthin zurück ins Homeoffice versichert sein.

Bild am Sonntag (BamS): Was ist, wenn mein Chef mich ins Homeoffice schicken will, ich aber lieber ins Büro komme?

Heil: Da kann ich beruhigen: Mit meinem Gesetz kann niemand ins Homeoffice gezwungen werden.

Bild am Sonntag (BamS): Die Wirtschaft leidet unter Corona. Ist die Pandemie der richtige Zeitpunkt, jetzt auch noch ein Recht auf mobiles Arbeiten einzuführen?

Heil: Gerade Corona beweist, wie wichtig mobiles Arbeiten für Unternehmen ist. Mobile Arbeit macht

Arbeitgeber für Fachkräfte attraktiv. Unser Gesetz hilft dem Arbeitsplatzstandort Deutschland im internationalen Vergleich, moderner und digitaler zu werden.

Bild am Sonntag (BamS): Was sagt der Arbeitsminister: Haben wir den Schlimmsten Teil der Corona-Krise hinter uns oder kommt er noch?

Heil: Wir sichern mit Kurzarbeit Millionen Arbeitsplätze durch die Krise. Der Arbeitsmarkt stabilisiert sich langsam. Zur Wahrheit gehört aber auch: Die Krise ist noch nicht vorbei, und sie beschleunigt den Strukturwandel in vielen Branchen. Ich rechne nicht mit einer blitzartigen Erholung des Arbeitsmarktes. Aber ich habe die realistische Hoffnung, dass der Aufschwung am Arbeitsmarkt im

Weitere Informationen

Homeoffice

"Mobiles Arbeiten macht Menschen zufriedener"

DIGITALISIERUNG

INTERVIEW



NACH OBEN



ARBEITSRECHT

"Wir müssen als Gesellschaft über den Wert der sozialen Sicherung diskutieren"

*Interview von Hubertus Heil,
Bundesminister für Arbeit und Soziales,
mit der Neuen Osnabrücker Zeitung*

Datum: 02.05.2022

Neue Osnabrücker Zeitung: Herr Minister, ausgerechnet der Tag der Arbeit liegt auf dem morgigen Sonntag. Muss der Feiertag nicht nachgeholt werden?

Hubertus Heil: Die Debatte kehrt immer wieder, ich finde sie auch gar nicht unsympathisch. Als Bürger freue ich mich, wenn wir mal wieder unter der Woche feiern können. Aber das Thema hat zur Zeit für die Bundesregierung nicht oberste Priorität.

NOZ: Sondern?

Heil: Am Tag der Arbeit geht es darum, dass Arbeiten einen Wert und eine Würde hat. Gute Arbeitsbedingungen und faire Entlohnung: Deshalb haben wir in dieser Woche im Deutschen Bundestag die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro zum 1. Oktober auf den Weg gebracht. Und es geht am 1. Mai um die Zukunft der Arbeit. Der digitale

Fortschritt und der ökologische Umbau der Industriegesellschaft sorgen für massive Veränderungen in der Arbeitswelt, die wir gestalten müssen.

NOZ: Zu den Wünschen vieler Arbeitnehmer und Arbeitgeber gehören flexiblere Arbeitszeiten. Wann startet der im Koalitionsvertrag vereinbarte Modellversuch?

Heil: Ziel flexiblerer Arbeitszeitmodelle muss sein, dass Arbeit besser zum Leben passt, und zwar während des gesamten Erwerbslebens. Viele junge Leute wollen nach der Ausbildung voll loslegen. Wenn Kinder kommen, gibt es den Wunsch nach mehr Zeit für den Nachwuchs, dafür haben wir die Elternzeit. Danach braucht es die Möglichkeit auf Vollzeit-Rückkehr oder Weiterbildungszeiten. Beim Stichwort Flexibilität geht es also nicht nur um Wochen- oder Tagesarbeitszeiten. Und der Sinn von Arbeitszeitgesetzen ist, die Gesundheit der Beschäftigten zu schützen, deswegen werden wir die Arbeitszeitgesetze nicht schleifen.

NOZ: Sie stehen auf der Bremse?

Heil: Nein. Wir haben vereinbart, Experimentierräume unter dem Dach von Tarifverträgen zu schaffen. Dabei wird sich zeigen, dass Tarifverträge schon jetzt viel mehr Flexibilität erlauben, als viele Verbandsfunktionäre gerne erzählen. Den starren Acht-Stunden-Tag für alle gibt es schon längst nicht mehr. Die Experimentierräume werden wir in dieser Legislatur auf den Weg bringen, aber unter dem Dach von Tarifverträgen. Also, wenn Arbeitgeber und Gewerkschaften das gemeinsam vereinbaren.

NOZ: Zum Arbeitsmarkt: Werden wegen des Ukraine-

Krieges bald viele Menschen ihren Job verlieren?

Heil: Hier ein vorsichtiges Nein: Die Lage ändert sich fast täglich und Prognosen sind schwierig. Aber nach allem was wir zum jetzigen Zeitpunkt wissen, rechnen wir nicht mit einem substantiellen Anstieg der Arbeitslosenzahl. In der durch Corona bedingten tiefsten Wirtschaftskrise unserer Generation ist es gelungen, den Arbeitsmarkt dank Kurzarbeit stabil zu halten. Das waren vernünftige Brücken über ein tiefes Tal, für die der Staat mehr als 43 Milliarden Euro ausgegeben hat. Die Alternative, die Rückkehr von Massenarbeitslosigkeit, wäre viel teurer geworden. Wir setzen das Kurzarbeitergeld nun auch ein, um die Kriegsfolgen – Stichwort gerissene Lieferketten – abzufedern. Meine Zuversicht ist groß, dass wir trotz des kriegsbedingt geringeren Wachstums auf absehbare Zeit einen sehr, sehr robusten Arbeitsmarkt haben werden, wenn wir die Energieversorgung nicht gefährden. In vielen Regionen und Bereichen haben wir sogar einen akuten Fachkräftemangel.

NOZ: *Wenn die Kurzarbeit so teuer ist und es an Jobs nicht mangelt, warum dann an dem Instrument festhalten?*

Heil: In der deutschen Automobilindustrie etwa fehlen Kabelbäume aus der Ukraine und Rohstoffe aus Russland. In bestimmten Branchen brauchen wir die Kurzarbeit bis auf weiteres. Wo die Wirtschaft wieder durchstartet, besteht kein Bedarf mehr. Wir werden Kurzarbeit so lange einsetzen, so lange es die Lage erfordert. Aber natürlich ist das nicht alles. Deutschland muss auch zur Weiterbildungsrepublik werden, damit die Beschäftigten von heute die Chance haben, die Arbeit von morgen zu machen.

NOZ: Wie?

Heil: Wir werden Bildungszeiten und Bildungsteilzeiten wie in Österreich einführen. Das werde ich in diesem Jahr noch auf den Weg bringen, damit es 2023 eingeführt werden kann. Wir werden ermöglichen, dass sich Beschäftigte ein Jahr weiterbilden oder neu orientieren können oder – in Teilzeit – auch zwei Jahre. Der Staat wird in diesen Phasen den Lebensunterhalt sichern, durch eine Lohnfortzahlung vergleichbar mit dem Arbeitslosengeld. Dazu braucht es Vereinbarungen mit den Arbeitgebern. Das ist ein großes Reformprojekt, das ich mit Nachdruck verfolge. In Österreich hat das die Weiterbildung massiv nach vorne gebracht, das sehe ich auch bei uns.

NOZ: Wird wirklich genug getan, um die nach Deutschland geflüchteten Ukrainer in den Arbeitsmarkt zu integrieren?

Heil: Wir haben bereits den sofortigen Zugang zum Arbeitsmarkt für alle registrierten Kriegsflüchtlinge sichergestellt. Und wir haben gerade beschlossen, dass zukünftig die finanziellen Leistungen und die Integration in den Arbeitsmarkt aus einer Hand von den Jobcentern kommen. Damit haben wir gute Voraussetzungen geschaffen, aber es müssen noch viele praktische Probleme gelöst werden. Frauen brauchen für ihre Kinder Kitaplätze. Die Integrationssprachkurse sind bereits geöffnet. Wo wir noch besser werden müssen, das ist bei der Anerkennung von Berufen. Das gilt sowohl für geschützte Berufe wie Ärzte, Ingenieure oder Lehrer. Aber auch Abschlüsse in anderen Berufen müssen schneller anerkannt werden, damit die Menschen ihren Kompetenzen entsprechend eingestellt und bezahlt werden. Die Länder haben dazu die Bereitschaft

signalisiert, das muss aber noch deutlich beschleunigt werden, da bitte ich die Länder um rasches Handeln.

NOZ: Gewerkschaften fürchten, Kriegsflüchtlinge würden als Billiglöhner ausgenutzt. Sehen auch Sie diese Gefahr?

Heil: Zunächst ist die Bereitschaft vielerorts groß, die zu uns geflüchteten Menschen zu integrieren. Die meisten sind gut qualifiziert und wollen arbeiten, und es hilft ihnen, mit den Kriegstraumata umzugehen und sich nicht nur als Opfer zu sehen. Hinzu kommt, dass viele Unternehmen Fachkräfte suchen. Trotzdem stimmt es: Wir müssen verhindern, dass Kriegsflüchtlinge bei uns als Billiglöhner ausgebeutet werden. Ergänzend dazu unterstütze ich als Bundesarbeitsminister die Gewerkschaften durch ein Programm dabei, die Menschen über ihre Rechte aufzuklären, auch in der eigenen Sprache. Und klar ist: Wer versucht, die Notlage der Geflüchteten auszunutzen, muss mit der vollen Härte unseres Rechtsstaats rechnen. Wir werden genau hinschauen!

NOZ: Kommen wir zur Rente: Sie versprechen ein Niveau von 48 Prozent. Das werden Arbeitnehmer bald teuer zu bezahlen haben, die Beiträge werden steigen, liegt das nicht auf der Hand?

Heil: Ein dauerhaft stabiles Rentenniveau von 48 Prozent ist im Koalitionsvertrag vereinbart. Das ist uns in den vergangenen Jahren viel besser gelungen als von manchen Untergangspropheten diagnostiziert, weil sich der Arbeitsmarkt sehr gut entwickelt hat. Die Beiträge sind schon sehr, sehr lange stabil, liegen seit 2018 bei 18,6 Prozent. Unter Helmut Kohl lagen sie schon mal bei mehr als 20 Prozent.

NOZ: In drei Jahren gehen die ersten Babyboomer in Rente. Werden nicht spätestens dann die Beiträge kräftig steigen?

Heil: Wir stehen vor enormen Herausforderungen, keine Frage. Wir müssen ein stabiles Rentenniveau über 2025 hinaus solide gegenfinanzieren. Die beste Voraussetzung dafür ist ein starker Arbeitsmarkt mit anständiger Lohnentwicklung, einer höheren Frauenerwerbsbeteiligung und mehr Qualifizierung und Weiterbildung. Wenn das gelingt, ist ein stabiles Rentenniveau für alle Generationen zu finanzieren.

NOZ: Nicht nur die Arbeitgeber haben extreme Zweifel ...

Heil: Wir müssen als Gesellschaft über den Wert der sozialen Sicherung diskutieren. Eine gute Absicherung nach dem Erwerbsleben ist für eine Gesellschaft fundamental wichtig, und zwar für alle Generationen. Dafür ist die gesetzliche Rente die tragende Säule, private und betriebliche Altersvorsorge können immer nur ergänzen. Es stimmt, die Herausforderung ist gewaltig, aber eine Absenkung des Rentenniveaus ist für mich keine Option.

NOZ: Ein stabiles Niveau hat Vorrang vor stabilen Beiträgen?

Heil: Es wird uns noch eine Weile gelingen, die Beiträge stabil zu halten, und wie gesagt, sie waren schon mal höher. Und etwa in der Arbeitslosenversicherung wurden die Beiträge gesenkt. Wir brauchen eine Gesamtschau der Sozialversicherungsbeiträge und müssen bundespolitisch entscheiden, was über Beiträge und was über Steuern finanziert wird. Und das werden wir

in dieser Koalition klären.

NOZ: *Wird der geplante Kapitalstock helfen, ein stabiles Rentenniveau zu finanzieren?*

Heil: Wir werden einen Kapitalstock schaffen, der gut und sicher angelegt ist, um die Rente langfristig zu stabilisieren. Die Gespräche mit Finanzminister Christ

ARBEITSRECHT 'auf' EUROPA RENTE

UKRAINE INTERVIEW

ARBEIT

EUROPA UND DIE WELT

SOZIALES

MINISTERIUM

SERVICE

ARBEITEN IM BMAS

Dienstag, 16. August 2022

[Themen](#)[Sendungen](#)[Programm](#)[Podcasts](#)[Audio-
Archiv](#)[Startseite](#) / [Interview](#) / **Heil (SPD): Mobiles Arbeiten macht Menschen zufriedener****Archiv**[Anspruch auf Homeoffice](#)

Heil (SPD): Mobiles Arbeiten macht Menschen zufriedener

Mehr Selbstbestimmung und Flexibilität: Das will Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) Arbeitnehmern mit einem Gesetz für mobiles Arbeiten ermöglichen. Es sei an der Zeit, für eine sich wandelnde Arbeitswelt einen modernen arbeitsrechtlichen Ordnungsrahmen zu schaffen, sagte Heil im Dlf.

Hubertus Heil im Gespräch mit Philipp May | 05.10.2020**Hören 11:41**[Audio herunterladen](#)



„Es geht um das Recht auf mobiles Arbeiten und da geht es nicht nur um von zu Hause, sondern auch von unterwegs beispielsweise“, sagte Bundesarbeitsminister Heil (SPD) im Dlf zu seinem Gesetzentwurf. (imago images / Julien Marsault)

Mindestens 24 Tage mobiles Arbeiten im Jahr: Diesen Rechtsanspruch sollen Arbeitnehmer nach dem Willen von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) künftig haben – sofern keine nachvollziehbaren Gründe dagegen sprechen. Das angekündigte „Mobile-Arbeit-Gesetz“ sieht laut vor, dass ein Arbeitgeber den Wunsch nach mobiler Arbeit nur dann ablehnen darf, wenn es dafür organisatorische oder betriebliche Gründe gibt. Für die meisten Menschen hieße mobiles Arbeiten mehr Zeit für Familie, weniger Stress und weniger Stau, sagte Heil im Deutschlandfunk. Da, wo technisch und betrieblich nichts dagegen spreche, solle die Möglichkeit genutzt werden. „Dafür möchte ich den Beschäftigten rechtlich den Rücken stärken“, sagte der SPD-Politiker. Arbeitnehmervertretern und Grünen gehen die Vorschläge nicht weit genug, Arbeitgeber und der Koalitionspartner CDU zeigten sich skeptisch.



Das Interview in voller Länge:

Philipp May: Millionen Menschen, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, entdecken gerade die Vorteile durchs Arbeiten aus dem Homeoffice. Aus einer Studie, die Sie selbst in Auftrag gegeben haben, geht das hervor. Und jetzt kommen Sie mit Ihrem Gesetzesentwurf. Was gewinnen wir dadurch außer Bürokratie?

Hubertus Heil: Für die meisten Menschen heißt mobiles Arbeiten mehr Zeit für Familie, weniger Stress und auch weniger Stau, aber die zum Leben passt. Und ich möchte, dass da, wo das möglich ist, Beschäftigte auch diese Möglichkeit über die Covid-Krise hinaus

haben werden.

May: Aber das passiert ja.

Heil: Wir haben jetzt erlebt, dass in der Covid-Krise ungefähr 40 Prozent das erste Mal zeitweise oder dauerhaft mobil arbeiten konnten. Aber wir erleben in der Realität auch immer wieder, dass trotz der Tatsache, dass es in viel mehr Bereichen möglich ist, es recht willkürlich verweigert wird. Ich möchte, dass Arbeitgeber und Beschäftigte das miteinander besprechen können, und wenn betrieblich nichts dagegen spricht, man mindestens 24 Tage hat. Die Beschäftigten sollen aber auch die Möglichkeit haben, mit dem Arbeitgeber, wenn das gewünscht ist, mehr zu vereinbaren.

Es geht um mehr Selbstbestimmung, mehr Flexibilität, und ich finde, nach der Zeit der Einschränkungen, die wir erlebt haben, das auch vernünftig, dass wir für eine moderne Arbeitswelt einen modernen Ordnungsrahmen schaffen.



Heilmann (CDU): Der Staat soll nicht die Wirtschaft lenken [AUDIO]

Das Arbeiten im Homeoffice sei gut für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, diese sollten das aber selber gestalten, sagte der CDU-Politiker Thomas Heilmann im Dlf. Ein Rechtsanspruch wie von Heil (SPD) vorgeschlagen, habe da nichts zu suchen.

„Da wo es funktioniert, gibt es ja kein Problem“

May: Aber jetzt sagen die Arbeitgeber, wir brauchen es gar nicht, das funktioniert auch ganz so gerade, ohne Gesetzesentwurf.

Heil: Da wo es funktioniert, gibt es ja kein Problem. Aber wir haben Bereiche, ich habe es ja eben erwähnt, in denen Beschäftigte den Wunsch haben, auch mal einen Monat oder einen Tag in der Woche

mobil oder von unterwegs oder zuhause zu arbeiten, aber wo es ihnen willkürlich verwehrt wird, und das ist nicht in Ordnung. Da wo technisch und betrieblich nichts dagegen spricht, wollen wir die Möglichkeit nutzen, damit wie gesagt Menschen auch erleben, dass die Arbeit besser zum Leben passt. Das muss möglich sein. Dafür möchte ich den Beschäftigten rechtlich den Rücken stärken.

May: Herr Heil, eine Kritik, die ich auf Twitter gefunden habe, möchte ich Ihnen gerne vorlesen. Rob Vegas heißt der Mensch, offensichtlich auch ein Freiarbeiter. Das fand ich sehr plausibel. „Es braucht keinen Anspruch auf 24 Tage #Homeoffice von Hubertus Heil“, schreibt er. „Es braucht einfach eine lange überfällige Änderung, dass ein Homeoffice nicht vier Wände um eine Tür braucht, um es bei der Steuer geltend zu machen. Es gibt mittlerweile Notebooks, wir arbeiten am Küchentisch.“ – Das ist doch ein guter Punkt, oder?

Heil: Das müssen wir aber nicht gegeneinander ausspielen. Über steuerliche Dinge kann man ja sprechen. Es gibt ja die Möglichkeit heute, auch Arbeitszimmer abzusetzen. Das ist relativ restriktiv. Das ist aber eine andere Baustelle.



Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) (dpa/Danny Gohlke)

May: Wer hat schon ein Arbeitszimmer.

Heil: Ja. Wie gesagt, das ist die steuerliche Front. Aber das spricht ja nicht dagegen, dass wir den Beschäftigten, die das wünschen, auch rechtlich den Rücken stärken. – Wie gesagt, da wo es betrieblich möglich ist. Es gibt Berufe, da ist das nicht möglich. Das

muss man auch ganz offen sagen, wenn betrieblich was dagegen spricht. Aber warum sollte man Beschäftigten, bei denen es möglich ist, diese Möglichkeit verwehren, nur weil es nicht überall möglich ist? Das wäre ja auch nicht logisch.

May: Aber jetzt gehen Sie ja gar nicht so weit, wie Sie wollten mit Ihrem Gesetzesentwurf. Sie wollten das Recht auf Homeoffice. Jetzt gibt es das Recht auf zwei Tage mobiles Arbeiten pro Monat, wenn es der Arbeitgeber für möglich hält. Mehr war nicht drin?

Heil: Es ist ein Rechtsanspruch und die 24 Tage sind ein Mindestmaß. Die Beschäftigten haben zusätzlich in meinem Gesetzesentwurf und in dem Gesetz dann zukünftig auch die Möglichkeit, darüber Hinausgehendes mit ihrem Arbeitgeber zu erörtern, und wenn betrieblich nichts dagegen spricht auch das Recht zu bekommen, und das nenne ich einen Rechtsanspruch auf mobiles Arbeiten.

May: Aber ein Recht auf Homeoffice, soweit wollen Sie schon nicht mehr gehen?

Heil: Sie können das auch Recht auf Homeoffice nennen. Aber es geht um mehr! Es geht um das Recht auf mobiles Arbeiten und da geht es nicht nur um von zuhause, sondern auch von unterwegs beispielsweise. Deshalb der Begriff.



Wann Beschäftigte im Homeoffice (nicht) versichert sind
Der klassische Bürojob findet wegen Corona jetzt oft im Homeoffice statt. Das hat viele Vorteile – aber versicherungstechnisch ist im Homeoffice einiges zu beachten.

„Mir geht es um einen Ordnungsrahmen für mobiles Arbeiten“

May: Nur, damit ich das richtig verstehe. Ich habe es mir gestern erklären lassen. Gibt es da jetzt einen wichtigen rechtlichen Unterschied zwischen Homeoffice und mobilem Arbeiten? Homeoffice ist klar definiert, der Arbeitgeber muss dafür sorgen, dass ich zuhause einen Arbeitsplatz habe, mit Computer etc. Mobiles Arbeiten ist dagegen eher die Variante, alles kann, nichts muss?

Heil: Nein, mobiles Arbeiten ist der übergreifende Begriff. Man muss unterscheiden zwischen Tele-Arbeitsplätzen; das sind fest eingerichtete Arbeitsplätze von zuhause. Dann gibt es andere Formen des Homeoffice; da gibt es keinen fest eingerichteten Arbeitsplatz, aber man kann von zuhause arbeiten oder unterwegs. Alles zusammen ist mobiles Arbeiten.

Mir geht es um einen Ordnungsrahmen für mobiles Arbeiten. Dazu gehört übrigens auch, dass wir dafür sorgen, dass durch mobiles Arbeiten die Arbeit nicht entgrenzt wird und das Privatleben aufgefressen wird. Deshalb müssen wir auch deutlich machen, dass die Arbeitszeitgesetze auch im Homeoffice gelten. Auch im Homeoffice oder beim mobilen Arbeiten muss mal Feierabend sein. Das ist eine Frage des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten.

May: Machen wir es mal konkret. Angenommen ich bin Arzthelfer in einer Praxis, will zwei Tage im Monat mobil arbeiten, aber die Ärztin sagt, zuhause hilfst Du mir nicht, also nein. Was passiert dann durch das Gesetz?

Heil: Die Ärztin kann nicht aus Prinzip nein sagen, sondern sie muss sagen, was geht und was nicht geht, also betriebliche Gründe nennen. – Um Ihr Beispiel zu sagen: Eine Arzthelferin muss sicherlich auch mal in der Praxis arbeiten, um Patienten anzunehmen. So ist die Lebensrealität. Aber es gibt auch Tätigkeiten, die eine Arzthelferin beispielsweise von zuhause aus erledigen kann, wenn es zum Beispiel um die Abrechnung von Rezepten geht. Das ist genau das Beispiel, worum es geht, dass Menschen, bei denen betrieblich nichts dagegen spricht, dass bestimmte Tätigkeiten auch von zuhause aus verrichtet werden können, das auch mal machen können, oder von unterwegs.

Heil: Dann sagt die Ärztin oder der Arzt, okay, meinetwegen, aber den Computer, den zahlst Du selbst, und möglicherweise die Lizenz

für die Programme zahlst Du auch selbst.

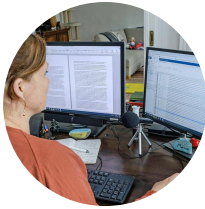
Heil: Nein! Es ist heute schon so, dass die Arbeitgeber – und das wird auch weiterhin so bleiben – die Betriebsmittel zur Verfügung stellen müssen, wenn man arbeiten muss. Aber da wird unser Gesetzentwurf sich im Detail nicht einmischen, sondern das ist eine Frage der betrieblichen Vereinbarung miteinander. Ob man sein eigenes Handy benutzt, oder ein Diensthandy gestellt bekommt, ist eine Frage der Vertragsgestaltung zwischen Arbeitnehmer und Beschäftigten. Aber das hat mit mobilem Arbeiten erst mal gar nichts zu tun.

May: Und wenn ich dann beim mobilen Arbeiten zum Beispiel meine Kinder in die Kita bringe, dann bin ich geschützt. Das war vorher nicht so?

Heil: Das ist im Moment noch nicht geschützt. Die Unfallversicherung schützt auch das Homeoffice. Wenn man übliche Arbeitsunfälle hat, ist man da auch versichert. Aber es gibt Lücken. Wenn man beispielsweise das Kind in die Kita bringt und dann nachhause zurückfährt, ist man bisher, wenn man dann Homeoffice macht, nicht gesetzlich versichert. Diese Schutzlücke will ich schließen.

May: Und wenn man dann schnell noch zum Supermarkt will?

Heil: Das ist eine Frage der privaten Lebensgestaltung. Das ist kein Arbeitsweg, denn Einkaufen macht man auch in der privaten Freizeit, sondern es geht um Dienstwege.



DAK-Studie – Beschäftigte finden Homeoffice überwiegend gut

Die Coronakrise gilt als Durchbruch für das Homeoffice. Laut einer Studie der DAK-Gesundheit empfinden viele Menschen zu Hause weniger Stress und mehr Arbeitszufriedenheit. Die meisten vermissen aber ihre Kollegen.

„Nicht der Normalfall, was wir in der COVID-19-Krise erlebt haben“

May: Aber die Kita ist doch auch private Lebensgestaltung.

Heil: Nee! Wenn die Kita zum Beispiel der Vereinbarkeit von Beruf und Familie dient, dann ist das mit Sicherheit nicht alleine Privatsache, denn die Kinder müssen ja betreut sein, weil Homeschooling und Homeoffice und Kinderbetreuung und Homeoffice in der Regel nicht zusammengehen. Das ist nicht der Normalfall, was wir in der COVID-19-Krise erlebt haben, und jeder, der das schon mal erlebt hat, kann das bestätigen.

May: Und wenn ich mir dann beim mobilen Arbeiten mittags das Nudelwasser über den Arm kippe – essen muss ich ja auch irgendwann mal –, was ist das dann, ein Arbeitsunfall?

Heil: Nein, das ist kein typischer Arbeitsunfall, sondern typische Arbeitsunfälle sind die, die auch am physischen Arbeitsplatz passieren können, die zuhause sind. Das heißt, sie müssen mit der Tätigkeit der Arbeit zu tun haben. Das andere ist eine Frage der privaten Unfallversicherung und nicht der beruflichen.

May: Jetzt ist aber mobiles Arbeiten auch nicht für jeden das Erstrebenswerte. Wie schützen Sie Arbeitnehmer davor, dass zum Beispiel das Büro in der Firma nicht wegrationalisiert wird, wenn der Arbeitgeber merkt, in der Kneipe oder am privaten Laptop im Café erledigt der Arbeitnehmer die Arbeit genauso gut?

Heil: Das Mobile-Arbeits-Gesetz, das ich vorgelegt habe, zwingt

niemand zum mobilen Arbeiten und zwingt niemand ins Homeoffice. Richtig ist, dass die meisten Beschäftigten mal flexibel und ortsmobil arbeiten wollen, aber auch die Sehnsucht haben, ihre Kolleginnen und Kollegen zu sehen. Das haben wir genau untersuchen lassen. Deshalb gibt es keinen Zwang zum Homeoffice oder mobilen Arbeiten in diesem Gesetz.

May: Eine Erfahrung aus der Corona-Zeit ist, dass Homeoffice vielfach zu einer Doppelbelastung geführt hat, nämlich Arbeiten und Kinderbetreuung gleichzeitig. Davon waren insbesondere Frauen stark betroffen. Inwieweit trägt Ihr Gesetz dieser Tatsache Rechnung?

Heil: Das soll ja nicht der Normalfall sein. Wir haben das ja vor allen Dingen erlebt, weil Schulen und Kitas geschlossen waren. Deshalb ist es wichtig, wenn wir Familien entlasten wollen, dass wir Gesetze wie das Mobile-Arbeits-Gesetz schaffen, aber gleichzeitig zum Beispiel – und daran arbeitet Franziska Giffey, die Familienministerin – einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen schaffen. Ich sage es noch mal, auch aus eigener und persönlicher Erfahrung: Homeschooling und Homeoffice, das geht nicht wirklich zusammen. Deshalb ist es wichtig, dass wir zum einen Homeoffice mehr ermöglichen. Das erspart übrigens auch Fahrzeiten. Dann hat man manchmal mehr Zeit auch für die Familie. Aber gleichzeitig auch für Kinderbetreuung in Kitas und Grundschulen sorgen, damit Kinder gut versorgt sind, damit Beruf und Familie besser miteinander vereinbart werden können.

Corona und Klima – Homeoffice kann CO2 sparen

Als die Straßen aufgrund des Corona-Lockdowns leerer waren, hatten viele das Gefühl, die Luft sei besser. Tatsächlich könnte mehr Homeoffice-Arbeit einer Studie zufolge Treibhausgase einsparen, erklärte Benjamin Stephan von Greenpeace.

„Irgendwann muss Feierabend sein“

May: Hat die FDP nicht recht mit dem Vorwurf, Sie sind zu kurz

gesprungen mit Ihrem Gesetzesentwurf, weil Sie an das Arbeitszeitgesetz nicht herangegangen sind und das nicht gleich mit flexibilisiert haben?

Heil: Nein. Der FDP schwebt etwas anderes vor, nämlich die Arbeitszeit im Faktor zu erhöhen oder Pausenzeiten zu verkürzen. Unser Arbeitszeitrecht ist viel, viel flexibler, als viele denken. Das ist kein starrer Acht-Stunden-Tag, wie immer behauptet, sondern es gibt tarifliche Möglichkeiten, betriebliche, das auch flexibel zu handhaben. Aber am Ende des Tages ist ein Arbeitszeitgesetz dafür notwendig, die Beschäftigten vor der Entgrenzung vor Arbeit zu schützen. Wissen Sie, wir haben heute eine Aktion mit dem Kollegen Spahn und der Kollegin Giffey zusammen. Da geht es um psychische Gesundheit. Wir haben eine Zunahme von Menschen, die auch durch Arbeit psychisch erkranken. Das macht volkswirtschaftlichen Schaden und deshalb ist es wichtig zu sagen, das Arbeitszeitgesetz schützt Beschäftigte und ihre Gesundheit. Das muss und kann flexibel angewandt werden, aber irgendwann muss Feierabend sein, damit Menschen nicht zusammenbrechen. Übrigens auch das mobile Arbeiten hilft, dass Menschen zufriedener sind, damit übrigens auch produktiver – deshalb nutzen das ja viele Arbeitgeber, mit ihren Beschäftigten auch mobiles Arbeiten zu machen – und damit auch psychisch stabiler.

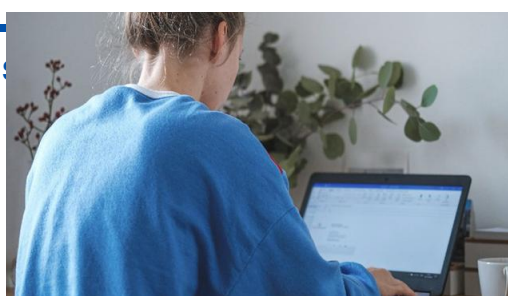
May: Dennoch ist das alles der Union offenbar zu viel. Es gab viel Kritik an Ihrem Gesetzesentwurf. Er ist schon abgeschwächt. Trotzdem scheint es nicht so, als würde Peter Altmaier, der Wirtschaftsminister, das mittragen. Was macht Sie zuversichtlich, dass Sie das Gesetz dennoch durch den Bundestag kriegen?

Heil: Abgeschwächt würde ich nicht sagen. Es ist ein ausgewogener, es ist ein vernünftiger Entwurf, und es ist einer, der praktisch anwendbar ist. Darum geht es ja, dass wir nicht Gesetze machen, die in der Praxis nicht tauglich sind. Der Koalitionsvertrag ist klar. Da steht drin, dass wir mobiles Arbeiten klar fördern wollen, dass wir Beschäftigte auch schützen wollen. Dem trägt mein Gesetzesentwurf Rechnung. Und ich glaube, dass die gesellschaftliche Stimmung in diesem Thema sich mit diesem ungeplanten Großversuch in Corona-Zeiten, in denen wir erlebt haben, dass viel mehr technisch möglich ist als früher behauptet, tatsächlich auch verändert hat, und ich finde es an der Zeit, für eine moderne, sich wandelnde Arbeitswelt auch einen modernen,

arbeitsrechtlichen Ordnungsrahmen zu schaffen. Wenn Sie mich fragen, wie überzeuge ich Peter Altmaier? – Wie immer: mit guten Argumenten.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Mehr zum Thema



Die Nachrichten
Podcasts
Neue Beiträge
Apps
Korrekturen
Frequenzen
Archiv
Homeoffice / Rechtsanspruch auf mobiles Arbeiten soll kommen
Deutschlandradio
Datenschutzerklärung
Partners

Veranstaltungen
Musikliste
RSS
Archiv
Corona und Klima / Homeoffice kann CO2 sparen
Nutzungsbedingungen
Impressum
ARD
ZDF
Phoenix
arte
Chronik der Mauer

Ausbildung und Karriere
Funkhaus Köln
Archiv
Studie: Corona um Kari

Deutschlandradio © 2022